

Streit beim Europäischen Patentamt eskaliert

Die Belegschaft spricht dem Behördenleiter Benoît Battistelli das Misstrauen aus, dieser droht mit disziplinarischen Maßnahmen

München – Der seit gut einem Jahr schwelende Konflikt zwischen dem Präsidenten und der Belegschaft des Europäischen Patentamts mit Hauptsitz in München ist in den vergangenen Tagen eskaliert. Zuerst hatte der Leiter der Behörde, der Franzose Benoît Battistelli, während eines Streits über neue Regeln für die Wahl der Mitarbeitervertretung unter anderem Disziplinarmaßnahmen gegen Mitglieder des Personalrats angedroht. Als Reaktion sprachen Betriebsversammlungen in München und Den Haag dem Präsidenten offiziell das Misstrauen aus.

„Es ist klar geworden, dass das ordnungsgemäße Erfüllen der Aufgaben (. . .) des Europäischen Patentamts nicht mit der fortgesetzten Präsidentschaft von Herrn Battistelli vereinbar ist“, heißt es in einem Schreiben der Münchner Sektion der Gewerkschaft der EPA-Angestellten, Suepo, an das oberste Gremium der Organisation, den Verwaltungsrat. Battistelli wollte sich auf Anfrage nicht zu dem Vorgang äußern. Etliche vertrauliche Dokumente, die die Eskalation des Konflikts nachzeich-

nen, liegen der *Süddeutschen Zeitung* vor. Das EPA hat etwa 7000 Mitarbeiter, etwa die Hälfte von ihnen in München. Es sieht sich selbst als zentralen Garanten der Innovation in der europäischen und globalen Wirtschaft.

In Frankreich hat der Streit bereits die Politik erreicht. Dort hatte der Abgeordnete der Nationalversammlung, Philip Cordery (Sozialisten), Ende Februar einen Brief an Industrie-Minister Arnaud Montebourg geschrieben, um die Verlängerung von Battistellis Amtszeit über 2015 hinaus zu verhindern. Die Entscheidung darüber könnte der Verwaltungsrat bereits Ende März fällen. „Eine Reihe von kürzlich getroffenen Entscheidungen widersprechen dem französischen und europäischen Recht, was für eine internationale Organisation mit Sitz in der Europäischen Union vollkommen unakzeptabel ist“, schrieb Cordery. Eine Antwort hat der Abgeordnete offenbar noch nicht erhalten.

Das Europäische Patentamt ist kein Organ der EU, sondern eine eigenständige internationale Behörde mit 38 Mitgliedstaa-

ten, die ihre Vertreter in den Verwaltungsrat entsenden. Das EPA genießt Immunität vor lokalen Gesetzen, legt also die Regeln für sein Personal selbst fest. Angestellte dürfen offiziell nicht mit Journalisten über interne Angelegenheiten sprechen, auch nicht über ihre Arbeitsbedingungen. Das gilt auch für Gewerkschaftsfunktionäre und die Leitung der Personalräte.

Die Arbeitsbedingungen sind nach Ansicht der Mitarbeiter viel schlechter geworden

Die Arbeitsbedingungen haben sich in den vergangenen Monaten nach Ansicht vieler Angestellter, der Personalvertreter und der Gewerkschaft massiv verschlechtert. Battistelli hat etliche neue Regeln entworfen und vom Verwaltungsrat genehmigen lassen, in dem er bisher breiten Rückhalt hatte. Die neuen Bestimmungen sehen zum Beispiel vor, dass kranke Arbeitnehmer zu festgelegten Zeiten zu Hause bleiben und einen Arzt zur Kontrolle ihrer

Symptome einlassen müssen. Angestellte sind verpflichtet, bei Disziplinarverfahren mit Ermittlern zu kooperieren, auch wenn sie sich damit selbst belasten. Battistelli hat auch das Streikrecht der Belegschaft beschnitten. Er entscheidet nun darüber, ob Gründe für einen Streik legitim sind, organisiert die Urabstimmung und begrenzt die Dauer des Streiks.

Battistellis aktuelle Reformidee, die das Misstrauensvotum der Belegschaft aufgelöst hat, nennt er „soziale Demokratie“. Er möchte die Arbeitsweise der Mitarbeitervertretung von Grund auf neu organisieren und selbst über Zeitpunkt und Modus der Personalratswahlen entscheiden. Er prüft gemäß seinem Vorstoß die Kandidaten, überwacht die Auszählung und kann das Ergebnis bei Widersprüchen annullieren. Battistelli begründet dies in internen Dokumenten damit, die zurzeit gewählten Repräsentanten seien nicht repräsentativ für die Belegschaft und verweigerten sich einem sozialen Dialog mit ihm.

Diskussionen über die Reform mit dem Personalrat sind gescheitert; die Parteien

weisen sich gegenseitig die Schuld zu. Die neuen Regeln sollten „jede effektive Vertretung des Personals blockieren“, klagt die Belegschaft in einer Resolution. Im Zuge der Auseinandersetzung hat Battistelli auch damit gedroht, die Mittel des von ihm verschärften Disziplinarrechts einzusetzen. Der Personalrat hatte Mitte Februar eine elektronische Umfrage im Amt organisiert und damit die Firma Big Pulse beauftragt. Das Unternehmen hat schon mehrmals Online-Abstimmungen in der Behörde organisiert, laut einem Rundbrief des Präsidenten bereitete die Amtsführung selbst gerade die Urabstimmung über einen Streikaufruf mit dem Dienstleister vor. Die Umfrage zur „sozialen Demokratie“ aber stoppte das Management nach wenigen Stunden wegen einer angeblichen Sicherheitsbedrohung.

Battistelli schickte Briefe an die Personalräte mit schweren Vorwürfen, forderte sie zum Offenlegen aller Unterlagen über die Umfrage auf und kündigte Disziplinarverfahren wegen „sehr schweren Fehlverhaltens“ an. **CHRISTOPHER SCHRADER**